

Im Atomstreit mit Iran hat die US-Regierung ihre Wirtschaftssanktionen gegen das Teheraner Regime verschärft. Washington erwartet, dass auch Verbündete in Europa

**Iran-Sanktionen und die Folgen**  
ihre Geschäftsbeziehungen mit Teheran abbrechen. Davon betroffen sind vor allem

deutsche Firmen. Noch im vergangenen Jahr haben sie in Iran vier Milliarden Euro umgesetzt. Eine Summe, die sie künftig sicher nicht mehr erreichen werden.

## Tänze auf heißem Terrain

Trotz aller Warnungen machen deutsche Firmen Geschäfte mit Teheran – doch das Risiko wird größer

Von Nicolas Richter

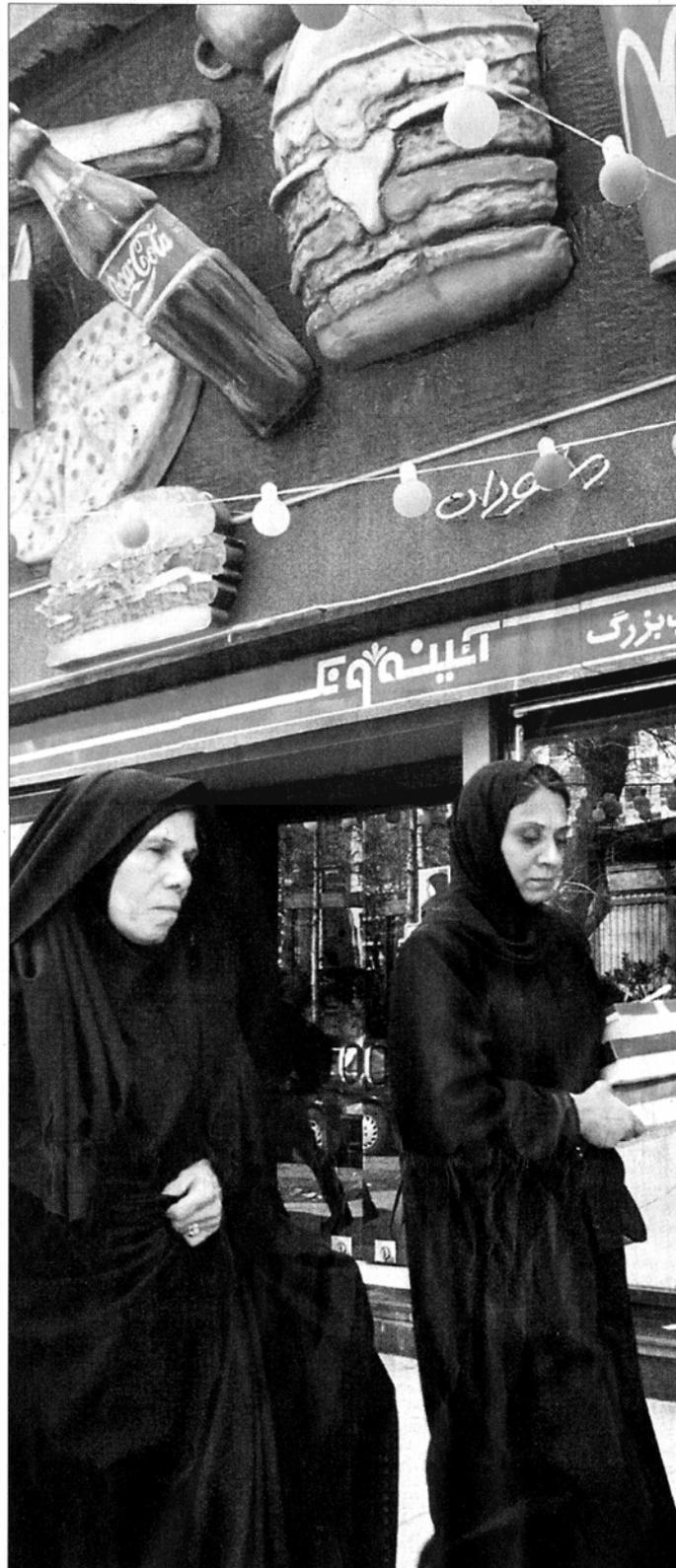
Wer hätte gedacht, dass eine harmlose Nachmittagskonferenz im hessischen Darmstadt größere diplomatische Verwerfungen auslösen kann? Im September veranstalteten die hessischen Industrie- und Handelskammern ein paar Wirtschaftstreffen unter dem Titel „Hessen meets the Middle East and North Africa“, was vielleicht komisch, aber nicht gefährlich klingt. Der Termin vom 18. September aber war so betitelt: „Iran – Marktchancen für deutsche Exporteure“. Und das ausgerechnet eine Woche vor der Generaldebatte der UN in New York, wo die Welt neue Sanktionen gegen das widerspenstige Teheraner Regime erörtern wollte. Die israelische Botschaft protestierte im Kanzleramt und bei mehreren Ministerien, das US-Konsulat Frankfurt schickte einen Beobachter nach Darmstadt, und in New York oder Washington mussten sich deutsche Politiker und Diplomaten in diesen Tagen einige deutliche Worte anhören. Immerhin entspannte sich die Lage, als die Bundes- sowie die Landesregierung Hessen versicherten, dass sie mit dem umstrittenen Iran-Nachmittag nichts zu tun hatten.

Nein, einige der deutschen Partner sehen es nicht gern, dass sich die Bundesrepublik im Atomstreit mit Iran einigermäßen gemächlich eingerichtet hat. Einerseits sitzen die Deutschen bei den UN-Vetomächten am Tisch und reden über Sanktionen, andererseits setzen deutsche Firmen jedes Jahr in Iran noch um die vier Milliarden Euro um. US-Vizepräsident Richard Cheney warnte ausländische Firmen erst kürzlich davor, ihre Iran-Geschäfte fortzusetzen. „Wenn du Handel mit Iran betreibst, wirst du Probleme haben, Geschäfte in den USA zu betreiben“, sagte er. Im Sommer stellte die US-Börsenaufsicht SEC ausländische Firmen an den Pranger, die mit Schurkenstaaten Geschäfte machen, darunter BASF, Siemens und die Deutsche Bank. In der israelischen Botschaft in Berlin wiederum findet man Veranstaltungen der IHK, welche Marktchancen deutscher Exporteure thematisieren, „nicht produktiv“. Die Regierungen in Washington und Tel Aviv werfen den Deutschen Doppelmoral vor, auch wenn sie das offiziell nicht so deutlich sagen.

„Keine Lust auf Ärger“

Inzwischen aber zeigt die Kritik aus Amerika durchaus Wirkung, und für deutsche Unternehmen wird das traditionell gute Iran-Geschäft immer schwieriger. Nach neuen Zahlen der Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfa) ist der Umsatz in den ersten sieben Monaten des Jahres 2007 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 18 Prozent zurückgegangen. Schon 2006 war der Umsatz gesunken, und es gibt dafür eine ganze Reihe von Gründen. Die Unternehmen beklagen erstens, dass die Regierung des religiös eifernden Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad wirtschaftsfeindlich sei. In den Ministerien habe er Fachleute durch Ideologen ersetzt. Zweitens haben sich vor allem auf den Druck der USA hin etliche internationale Großbanken aus dem Iran-Geschäft zurückgezogen, weshalb es für Firmen immer schwieriger wird, gelieferte Waren auch bezahlt zu bekommen. Gleichzeitig verbietet die Bundesregierung ihre Hermes-Bürgschaften immer restriktiver, Anträge werden sehr genau und langwierig geprüft.

Und weil immer Ärger mit der US-Regierung droht, ziehen sich deutsche Exporteure, die viel nach Amerika verkaufen, dann lieber ganz aus dem Iran-Geschäft zurück. „Sie haben einfach keine Lust mehr auf den ganzen Ärger“, heißt es in einem Wirtschaftsverband, der sich lieber nicht nennen lassen möchte. Wer mit Iran zu tun hat, redet generell nicht gerne darüber. Allein die Unruhe um die Darmstädter Iran-Veranstaltung zeigt, auf welch schwierigem Terrain sich jeder



Wer Handel mit Iran betreibt, der wird Probleme haben, Geschäfte mit den USA zu machen: Foto einer Teheraner Geschäftsstraße aus dem Jahr 2000. AFP

bewegt, der es noch wagt, in Iran Geld zu verdienen. Emissäre der US-Regierung nötigten die deutschen Banken in heimlichen Gesprächen geradezu, das Iran-Geschäft aufzugeben. Der Bankenverband hat bereits öffentlich deutsche oder europäische Regeln gefordert, um künftig nicht mehr US-Erpressungen ausgeliefert zu sein. In vertraulichen Gesprächen

haben sich sogar Vertreter der Bundesregierung in Washington über die Praxis der USA beschwert, die durch keinen UN-Sanktionsbeschluss gedeckt ist.

Die Amerikaner sind seit langem darüber frustriert, dass sie im Sicherheitsrat nur schleppe neue Strafen gegen das Teheraner Regime durchsetzen können. Bisher sind die Sanktionen noch relativ

beschränkt und gelten vor allem der iranischen Rüstungs- und Atomindustrie. Seitdem Iran wieder enger mit der internationalen Atomagentur IAEA kooperiert, lehnen Russen und Chinesen eine dritte Sanktionsrunde ab. Im Herbst brachte Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy deshalb eigene Sanktionen der EU ins Gespräch. Die Deutschen würde das besonders treffen, weil viele kleine und mittlere Unternehmen in Iran Geschäfte machen. Die deutschen Wirtschaftsverbände halten Sanktionen ohnehin für ungeeignet, politische Probleme zu lösen. Sie finden, dass wirtschaftlicher Austausch Vertrauen schafft und zum Beispiel in Iran jene Kräfte stärkt, die einen Ausgleich mit der Weltgemeinschaft wünschen. Auch wollen sie erfahren haben, dass jetzt die Chinesen jene Aufträge abräumen, die sonst die Deutschen bekommen hätten.

Die Bundesregierung versucht sich auf einem Mittelweg. Einerseits will sie Iran davon abhalten, Atomwaffen zu entwickeln, und befürwortet deswegen Sanktionen der Vereinten Nationen. Andererseits betont das Wirtschaftsministerium auch durchaus noch die Geschäftschancen, die es in Iran gibt. Die Bundesagentur für Außenwirtschaft, die dem Ministerium untersteht, schreibt in ihren „Wirtschaftstrends“ zum Beispiel: Wenn sich die politische Lage entspannen sollte, könnten die Lieferchancen für deutsche Unternehmen „eine rasche Belebung erfahren“. Deutsche Produkte genießen in der Mittel- und Oberklasse traditionell „einen Bonus bei Qualität und Zuverlässigkeit“. In der neuesten Broschüre „Wachstumsmärkte im Nahen und Mittleren Osten“ werden deutsche Maschinenbauer ermutigt, sich um Aufträge in der iranischen Öl- und Gasindustrie zu bemühen – trotz der schwierigen Lage. So bietet die *International Oil, Gas & Petrochemical Exhibition* „eine gute Plattform zur Geschäftsanbahnung“.

Das Misstrauen wächst

Doch Ende November wird auch die Bundesregierung klarer als bisher Stellung beziehen müssen. Ein neuer Iran-Bericht der Atomagentur wird dann neuen Streit im Sicherheitsrat auslösen. Falls sich Moskau und Peking weigern, neue Sanktionen zu verhängen, wird Europa über eigene Strafen gegen Teheran nachdenken müssen. Kanzlerin Angela Merkel hat sich bislang nicht ausdrücklich dagegen ausgesprochen. Sarkozys Vorstoß für EU-Sanktionen empfand sie nicht als falsch, sondern bloß als zu früh. Karl-Theodor zu Guttenberg, Außen- und Proliferationsexperte der Union im Bundestag, bringt zum Beispiel Sanktionen gegen den iranischen Raffineriesektor ins Gespräch. Diese für den iranischen Rohstoffexport wichtige Technologie werde maßgeblich von europäischen Firmen hergestellt, China sei nicht in der Lage, ausbleibende Lieferungen aus Europa zu ersetzen. Auch Washington und Jerusalem sehen die Europäer gerade bei jenen Exportgütern in der Pflicht, die die Chinesen nicht ersetzen können. In Berlin heißt es oft, darüber könne man reden, aber nur, wenn auch Firmen aus Frankreich oder den USA aufhörten, verbotene Geschäfte mit Iran zu machen.

Vorerst aber wächst wieder einmal das Misstrauen auf beiden Seiten des Atlantiks. Der Abgeordnete Guttenberg, der in Washington bestens vernetzt ist, mutmaßte kürzlich, die jüngsten Anschuldigungen der US-Regierung gegen Iran seien konstruiert, „um einen militärischen Angriff vorzubereiten“. In den USA wiederum sind die Deutschen wieder einmal in den Verdacht geraten, große Gefahren schönzureden und „business as usual“ zu machen. Das Darmstädter Iran-Treffen war der *New York Times* einen größeren Artikel wert, und das *Wall Street Journal* drückte dazu einen Gastbeitrag mit der Erkenntnis: Deutschland hat nichts aus seiner Vergangenheit gelernt und beäugt – wieder einmal – das Böse.